

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE - DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 97 - 336

[C - 96/33118]

28. JUNI 1995 — Erlaß der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zusammensetzung und der Funktionsweise der Kabinette der Mitglieder der Regierung sowie bezüglich der Personalmitglieder der Dienste der Regierung, die zur Mitarbeit im Kabinett eines Mitglieds der Föderalregierung berufen werden

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund der Artikel 121, 130, 132 und 139 der Verfassung;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, insbesondere Artikel 51, abgeändert durch das Gesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere des Artikels 3 § 1, abgeändert durch das Gesetz vom 4. Juli 1989;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, daß nach der Neuwahl der Mitglieder der Regierung die Regelung der Zusammensetzung und der Funktionsweise der Kabinette der Minister im Interesse der Kontinuität der Arbeit der Regierung keinen Aufschub duldet;

Auf Vorschlag des Minister-Präsidenten, Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit, Familie und Senioren, Sport und Tourismus,

Beschließt:

KAPITEL I - Die Kabinette der Mitglieder der Regierung

Abschnitt 1 - Aufgaben und Zusammensetzung

Artikel 1 - Jeder Minister verfügt über ein Kabinett.

Der Aufgabenbereich jedes Kabinetts wird wie folgt festgelegt:

— die Angelegenheiten, die einen Einfluß auf die allgemeine Politik der Regierung oder auf die Arbeiten des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben können;

— die Nachforschungen und Studien, die dazu geeignet sind, die persönliche Arbeit des Mitglieds der Regierung zu erleichtern;

— die Vorlage der Akten des Ministeriums;

— der Empfang und das Öffnen seiner persönlichen Post;

— seine besondere Korrespondenz;

— die Anträge auf Audienz;

— die Presseschau.

Art. 2 - Jedes Kabinett verfügt über höchstens vier Mitglieder mit einer Gehaltstabelle der Stufe I.

Der Minister-Präsident kann ein zusätzliches Mitglied mit einer Gehaltstabelle der Stufe I in sein Kabinett aufnehmen.

Der Minister, der für die Beziehungen zum Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Wallonischen Region zuständig ist, kann ein zusätzliches Mitglied mit einer Gehaltstabelle der Stufe I in sein Kabinett aufnehmen.

Art. 3 - § 1. Für die Ausführungsarbeiten kann jedes Kabinett höchstens über fünf Mitarbeiter mit Gehaltstabellen der Stufen II+, II und/oder III verfügen.

Zusätzlich verfügt jedes Kabinett über einen Fahrer mit Beginngehaltstabelle IV/3, der jeweils ebenfalls mit Hausmeisterarbeiten betraut werden kann.

Der Minister-Präsident kann über zwei zusätzliche Mitarbeiter mit Gehaltstabellen der Stufen II+, II und/oder III für Ausführungsarbeiten verfügen.

Der Minister, der für die Beziehungen zum Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Wallonischen Region zuständig ist, kann über einen zusätzlichen Mitarbeiter mit Gehaltstabelle der Stufe II+, II und/oder III verfügen.

§ 2. Die Anzahl der Telefonisten (Beginngehaltstabelle IV/2) ist auf eine Vollzeit- oder zwei Teilzeitkräfte für die Gesamtheit der Regierung beschränkt.

Für die Cafeteria der Regierung können eine Vollzeitkraft oder zwei Teilzeitkräfte mit Beginngehaltstabelle IV/1 eingestellt werden.

Art. 4 - Die in Artikel 2 und 3 § 1 Absätze 1 und 3, erwähnten vollzeitig beschäftigten Mitglieder und Mitarbeiter können jeweils durch zwei Teilzeitkräfte ersetzt werden

Art. 5 - Die vertraglichen oder statutarischen Personalmitglieder des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie der Verwaltung des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft dürfen nicht in ein Kabinett eines Ministers der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft berufen werden.

Art. 6 - Personalmitglieder des öffentlichen Dienstes oder des subventionierten Unterrichtswesens dürfen nur dann in ein Kabinett berufen werden, wenn sie während ihrer Kabinettstätigkeit ihre Funktion im öffentlichen Dienst bzw. im subventionierten Unterrichtswesen nicht ausüben und die damit verbundenen Befugnisse nicht wahrnehmen

Abschnitt 2 - Ernennungen und Arbeitsweise

Art. 7 - Das Personal jedes Kabinetts wird vom betroffenen Minister ernannt.

Art. 8 - Das dazu vom Minister bestimmte Mitglied des Kabinetts leitet die Mitteilungen und Anweisungen des jeweiligen Ministers dem Generalsekretär des Ministeriums auf dem hierarchischen Weg zu.

Art. 9 - Die Kabinettsmitglieder dürfen nur mit der Erlaubnis des betroffenen Ministers mit dem Ministerium direkt verhandeln.

Abschnitt 3 - Bezahlung, Zulagen und Entschädigungen

Art. 10 - § 1. Den in Artikel 2 erwähnten Mitgliedern der Kabinette, die nicht zum öffentlichen Dienst oder zum subventionierten Unterrichtswesen gehören, wird anstelle eines Gehalts eine Entschädigung gewährt, die pro Kabinett höchstens folgenden Gehaltstabellen des Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft entsprechen:

- ein Kabinettschef: I/11
- drei Berater: I/8
- das zusätzliche Mitglied
im Kabinett des Minister-Präsidenten: I/8
- das zusätzliche Mitglied im Kabinett des
Ministers, der für die Beziehungen zum Rat
der Deutschsprachigen Gemeinschaft und
zur Wallonischen Region zuständig ist: I/8

§ 2. Das Dienstalter der in § 1 erwähnten Kabinettsmitglieder wird pauschal ab dem vollendeten 24. Lebensjahr berechnet und darf 15 Jahre nur dann überschreiten, wenn die darüber hinausgehende Zeit durch Dienstjahre im öffentlichen Dienst bzw. in Kabinetten belegt ist.

§ 3. Den in Artikel 3 erwähnten Mitarbeitern der Kabinette, die nicht zum öffentlichen Dienst oder zum subventionierten Unterrichtswesen gehören, wird anstelle eines Gehalts eine Kabinettszulage gewährt, die der Gehaltstabelle entspricht, die zum gleichwertigen Dienstgrad der Stufen II+, II, III, oder IV des Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehört.

§ 4. Das Dienstalter der in § 3 erwähnten Kabinettsmitglieder wird pauschal ab dem vollendeten 20. Lebensjahr berechnet und darf 15 Jahre nur dann überschreiten, wenn die darüber hinausgehende Zeit durch Dienstjahre im öffentlichen Dienst bzw. in Kabinetten belegt ist.

Art. 11 - Dem Personal der Kabinette, das zum öffentlichen Dienst oder zum subventionierten Unterrichtswesen gehört, wird unter Beachtung des Artikels 12 eine Kabinettszulage gewährt.

Unter Berücksichtigung der in der Tabelle des Artikels 10 § 1 vorgesehenen Aufteilung wird jedem Mitglied gemäß der Stelle, die es in Entsprechung zu der in Artikel 10 § 1 vorgesehenen Zulagentabelle einnimmt, eine jährliche Kabinettszulage mit jeweils folgenden Höchstbeträgen, die an den Angelindex 138,01 gebunden sind, gewährt:

- 343.175,- BF (I/11)
- 233.359,- BF (I/8)
- 178.451,- BF (I/4)

Für die in Artikel 3 erwähnten Mitarbeiter beläuft sich der Höchstbetrag der jährlichen Kabinettszulage, die an den Angelindex 138,01 gebunden ist, auf 96.089,- BF.

Art. 12 - § 1. Die Bezahlung des Personals der Kabinette, die zum Personal eines Ministeriums, eines anderen öffentlichen Dienstes oder des subventionierten Unterrichtswesens gehören, wird folgendermaßen geregelt:

1. Wenn der Arbeitgeber das Gehalt weiterhin auszahlt, erhält der Betreffende die in Artikel 11 vorgesehene Kabinettszulage. Dem Herkunftsdienst wird eventuell das Gehalt des Kabinettsmitglieds zurückgezahlt, gegebenenfalls erhöht um die Arbeitgeberkosten. Das zurückzuzahlende Gehalt darf jedoch nicht den Höchstbetrag der durch Artikel 10 für den entsprechenden Dienstgrad vorgesehenen Gehaltstabellen übersteigen.

2. Wenn der Arbeitgeber die Gehaltszahlungen einstellt, erhält der Betreffende anstelle des Gehalts eine Entschädigung, die der in Artikel 10 vorgesehenen entspricht, sowie eine Kabinettszulage. Der Gesamtbetrag, der sich aus der Summe von Entschädigung und Kabinettszulage ergibt, darf jedoch den Betrag nicht übersteigen, der sich aus dem Gehalt und der Zulage zusammensetzt, die der Betreffende erhalte, wenn die Bestimmungen unter 1. auf ihn anwendbar wären.

§ 2. Die Rückzahlung des Gehalts der Personalmitglieder der nationalen Ministerien, die in ein Kabinett eines Mitgliedes der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft abgestellt werden, wird nach den Modalitäten vorgenommen, die durch Königlichen Erlaß festgelegt sind.

Art. 13 - Den Fahrern der Minister wird zusätzlich zu der in Artikel 10 § 3 beschriebenen Kabinettszulage eine monatliche Pauschalzulage in Höhe von 10.000,- BF gewährt.

Jedem Fahrer steht außerdem monatlich eine Entschädigung in Höhe von 6.500,- BF für die Berufskosten einschließlich der Berufskleidung zu.

Der Regentenerlaß vom 30. März 1950 bezüglich der Zulagen für außergewöhnliche Dienstleistungen und der Königliche Erlaß vom 24. Dezember 1964 zur Festlegung der Entschädigungen für Aufenthaltskosten sind auf die Fahrer nicht anwendbar.

Art. 14 - Das Personal der Kabinette erhält die Familienzulage, die Geburtszulage, die Haushalts- oder Wohnortzulagen, das Urlaubsgeld und die Jahresendzulage zum Satz und zu den Bedingungen, wie sie für das Personal des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft gelten.

Art. 15 - § 1. Für die Gewährung der Fahrtentschädigungen werden die Kabinettsmitglieder mit den entsprechenden Dienstgraden des Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft gleichgesetzt.

§ 2. Die von der Regierung dazu bezeichneten Personalmitglieder der Kabinette sind berechtigt, für ihre Fahrten ihr persönliches Fahrzeug zu benutzen zu den Bedingungen, die im Königlichen Erlaß vom 18. Januar 1965 über die allgemeine Regelung der Fahrtkosten für den entsprechenden Dienstgrad des Personals der Ministerien vorgesehen sind. Sie sind von der Führung eines Fahrtenbuches befreit.

Die Erlaubnis zur Benutzung des persönlichen Fahrzeugs wird durch einen speziellen Erlaß der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft geregelt.

Art. 16 - § 1. Die in den Artikeln 10, 11, 13 und 14 vorgesehenen Entschädigungen und Zulagen werden jedem Kabinettsmitglied nachträglich ausgezahlt.

Die monatliche Entschädigung oder Zulage beträgt 1/12 des jährlichen Betrags. Wenn die Entschädigung oder Zulage nicht für den ganzen Monat geschuldet wird, wird sie gemäß den durch das finanzielle Statut des Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Bestimmungen ausbezahlt.

§ 2. Die in den Artikeln 10, 11, 13 und 14 vorgesehenen Entschädigungen und Zulagen sind an die Schwankung des Indexes des Verbraucherpreises gebunden nach den Modalitäten, die im Gesetz vom 1. März 1977 zur Einführung einer Regelung zur Koppelung gewisser Ausgaben im öffentlichen Sektor an den Verbraucherpreisindex des Königreichs vorgesehen sind.

Davon ausgenommen sind die in Artikel 13 des vorliegenden Erlasses vorgesehenen monatlichen Pauschalzulagen für Fahrer.

§ 3. Wenn ein Personalmitglied eines Kabinetts seine Kabinettsfunktion nicht ausübt, entscheidet die Regierung, ob und in welchem Maße die in Artikel 10, 11, 13 und 14 vorgesehenen Zulagen und Entschädigungen geschuldet werden.

KAPITEL II - Personalmitglieder der Dienste der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die in ein Kabinett eines Mitgliedes der Föderalregierung berufen werden

Art. 17 - Die Personalmitglieder der Dienste der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft können Mitglieder des Kabinetts eines Mitgliedes der Föderalregierung werden, wenn sie vorher die Erlaubnis des für das Personal zuständigen Ministers erhalten.

Die Erlaubnis kann nur erteilt werden, wenn der König eine Verordnung erlassen hat, die die Modalitäten der Rückzahlung des Gehalts der im ersten Absatz erwähnten Personalmitglieder regelt.

Art. 18 - Artikel 6 ist anwendbar auf die Personalmitglieder der Dienste der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die in das Kabinett eines Mitgliedes der Föderalregierung abgestellt sind.

Art. 19 - Das Gehalt der in Artikel 17 Absatz 1 erwähnten Personalmitglieder wird durch die Deutschsprachige Gemeinschaft ausbezahlt.

Die Rückzahlung an die Deutschsprachige Gemeinschaft wird vorgenommen aufgrund einer dreimonatlichen Aufstellung, die dem betroffenen Mitglied der Föderalregierung durch die Dienste der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelt wird.

Die Anfrage zur Rückzahlung wird zu Beginn jedes Trimesters für das abgelaufene Trimester eingereicht.

KAPITEL III - Aufhebungs- und Schlußbestimmungen

Art. 20 - Der Erlaß der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 19. Dezember 1990 bezüglich der Zusammensetzung und der Funktionsweise der Kabinette der Mitglieder der Exekutive sowie bezüglich der Personalmitglieder der Dienste der Exekutive, die zur Mitarbeit im Kabinett eines Regierungsmitgliedes berufen werden, ist aufgehoben.

Art. 21 - Vorliegender Erlaß wird am 13. Juni 1995 wirksam.

Art. 22 - Die Minister sind, jeder in seinem Zuständigkeitsbereich, mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 28. Juni 1995

Der Minister-Präsident,
Minister für Finanzen, internationale Beziehungen,
Gesundheit, Familie und Senioren, Sport und Tourismus
J. MARAITE

Der Minister für Jugend, Ausbildung,
Medien und Soziales
K.H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht, Kultur,
wissenschaftliche Forschung, Denkmäler und Landschaften
W. SCHRÖDER

—
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 97 — 336

[C - 33118]

28 JUIN 1995 — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone portant sur la composition et le fonctionnement des cabinets des membres du Gouvernement ainsi que sur les membres du personnel des services du Gouvernement appelés à collaborer dans le cabinet d'un membre du Gouvernement fédéral

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu les articles 121, 130, 132 et 139 de la Constitution;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 51, modifié par la loi du 16 juillet 1993;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1, modifié par la loi du 4 juillet 1989;

Vu l'urgence.

Considérant qu'après l'élection des nouveaux membres du Gouvernement, il faut adopter sans délai le règlement relatif à la composition et au fonctionnement des cabinets ministériels afin de garantir la continuité du travail du Gouvernement;

Sur la proposition du Ministre-Président, Ministre des Finances, des Relations internationales, de la Santé, de la Famille et des Personnes âgées, du Sport et du Tourisme,

Arrête :

CHAPITRE I. — Les cabinets des membres du gouvernement

Section 1 - Attributions et composition

Article 1^{er}. Chaque Ministre dispose d'un cabinet.

Les attributions de chaque cabinet sont fixées comme suit :

- les affaires susceptibles d'influencer la politique générale du Gouvernement ou les travaux du Conseil de la Communauté germanophone;
- les recherches et les études propres à faciliter le travail personnel du membre du Gouvernement;
- la présentation des dossiers du Ministère;
- la réception et l'ouverture de son courrier personnel;
- sa correspondance particulière;
- les demandes d'audience;
- la revue de presse.

Art. 2. Chaque cabinet dispose au plus de quatre membres ayant une échelle de traitement du niveau I.

Le Ministre-Président peut prendre dans son cabinet un membre supplémentaire ayant une échelle de traitement du niveau I.

Le Ministre chargé des relations avec le Conseil de la Communauté germanophone et avec la Région Wallonne peut prendre dans son cabinet un membre supplémentaire ayant une échelle de traitement du niveau I.

Art. 3. § 1 - Pour les travaux d'exécution, chaque cabinet peut disposer au plus de cinq collaborateurs ayant une échelle de traitement du niveau II+, II et/ou III.

De plus, chaque cabinet dispose d'un chauffeur ayant une échelle de traitement du niveau IV/3 en commençant et auquel peuvent être confiées des tâches de concierge.

Le Ministre-Président peut disposer de deux collaborateurs supplémentaires ayant une échelle de traitement du niveau II+, II et/ou III pour des travaux d'exécution.

Le Ministre chargé des relations avec le Conseil de la Communauté germanophone et avec la Région Wallonne peut prendre dans son cabinet un membre supplémentaire ayant une échelle de traitement du niveau II+, II et/ou III.

§ 2 - Le nombre de téléphonistes (échelle de traitement IV/2 en commençant) est limité à un emploi à temps plein ou 2 emplois à temps partiel pour l'ensemble du Gouvernement.

Pour la cafétéria du Gouvernement, une personne à temps plein ou deux à temps partiel ayant une échelle de traitement IV/1 en commençant peuvent être recrutées.

Art. 4. Les membres et collaborateurs à temps plein visés aux articles 2 et 3, § 1, alinéas 1 et 3, peuvent être remplacés par deux personnes occupées à temps partiel.

Art. 5. Les membres du personnel contractuels et statutaires du Ministère de la Communauté germanophone ainsi que de l'Administration du Conseil de la Communauté germanophone ne peuvent être appelés auprès du cabinet d'un Ministre du Gouvernement de la Communauté germanophone.

Art. 6. Des membres du personnel des services publics ou de l'enseignement subventionné ne peuvent être appelés auprès d'un cabinet que s'ils n'exercent ni leurs fonctions dans les services publics resp. dans l'enseignement subventionné ni les compétences y afférentes lors de leur activité auprès du cabinet.

Section 2. — Nominations et fonctionnement

Art. 7. Le personnel de chaque cabinet est nommé par le Ministre concerné.

Art. 8. Le membre de cabinet désigné à cet effet par le Ministre transmet les communications et instructions du Ministre au Secrétaire général du Ministère par la voie hiérarchique.

Art. 9. Les membres des cabinets ne peuvent traiter directement avec le Ministère qu'avec l'autorisation du Ministre.

Section 3. — Rétribution, allocations et indemnités

Art. 10. § 1. Il est alloué aux membres de cabinet visés à l'article 2 qui n'appartiennent pas aux services publics ou à l'enseignement subventionné une indemnité tenant lieu de traitement qui, par cabinet, correspond au plus aux échelles de traitement suivantes du personnel du Ministère de la Communauté germanophone, à savoir :

- un chef de cabinet I/11
- trois conseillers I/8
- le membre supplémentaire auprès du cabinet du Ministre-Président I/8
- le membre supplémentaire auprès du cabinet du Ministre chargé des relations avec le Conseil de la Communauté germanophone et avec la Région Wallonne I/8

§ 2. L'ancienneté de service des membres de cabinet visés au § 1 est calculée de manière forfaitaire à partir de l'âge de 24 ans accomplis et ne peut dépasser 15 ans que lorsque le dépassement a été presté dans les services publics ou dans des cabinets.

§ 3. Il est alloué aux collaborateurs de cabinet visés à l'article 3 qui n'appartiennent pas aux services publics ou à l'enseignement subventionné, une allocation de cabinet tenant lieu de traitement qui correspond à l'échelle de traitement valable à des grades équivalents des niveaux II+, II, III ou IV pour le personnel du Ministère de la Communauté germanophone.

§ 4. L'ancienneté de service des membres de cabinet visés au § 3 est calculée de manière forfaitaire à partir de l'âge de 20 ans accomplis et ne peut dépasser 15 ans que lorsque le dépassement a été presté dans les services publics ou dans des cabinets.

Art. 11. Il est alloué au personnel de cabinet appartenant aux services publics ou à l'enseignement subventionné une allocation de cabinet tout en respectant l'article 12.

En tenant compte de la répartition prévue dans le tableau de l'article 10, § 1, il est alloué à chaque membre, selon la place qui lui revient en concordance avec le tableau d'allocations fixé à l'article 10, § 1, une allocation annuelle de cabinet dont le montant maximal, lié à l'indice-pivot 138,01, est respectivement de :

- 343.175 F (I/11)
- 233.359 F (I/8)
- 178.451 (I/4)

Pour les collaborateurs visés à l'article 3, le montant maximal de l'allocation annuelle de cabinet, lié à l'indice-pivot 138,01, est de 96.089 F.

Art. 12. § 1. La rétribution du personnel de cabinet appartenant au personnel d'un ministère, d'un autre service public ou de l'enseignement subventionné est réglée comme suit :

1° Lorsque l'employeur poursuit le paiement du traitement, l'intéressé obtient l'allocation de cabinet prévue à l'article 11. Le service d'origine se voit éventuellement rembourser le traitement du membre de cabinet, augmenté le cas échéant des charges patronales; le traitement à rembourser ne peut cependant dépasser le montant maximal de l'échelle prévue à l'article 10 pour le grade correspondant.

2° Lorsque l'employeur suspend le paiement du traitement, l'intéressé obtient l'indemnité tenant lieu de traitement prévue à l'article 10 ainsi qu'une allocation de cabinet. Le montant total, obtenu en additionnant l'indemnité et l'allocation de cabinet ne peut cependant pas dépasser le montant du traitement majoré de l'allocation que l'intéressé obtiendrait si les dispositions du 1° lui étaient applicables.

§ 2. Le remboursement du traitement des membres du personnel des ministères nationaux qui sont détachés auprès du cabinet d'un membre du Gouvernement de la Communauté germanophone est effectué selon les modalités fixées par arrêté royal.

Art. 13. Outre l'allocation de cabinet mentionnée à l'article 10, § 3, il est accordé aux chauffeurs des ministres une allocation mensuelle forfaitaire de 10.000 F.

De plus, il est octroyé mensuellement à chaque chauffeur une indemnité de 6.500 F pour frais professionnels, en ce compris les vêtements de travail.

L'arrêté du Régent du 30 mars 1950 réglant l'octroi des allocations pour prestations à titre exceptionnel, l'arrêté royal du 24 décembre 1964 fixant les indemnités pour frais de séjour ne sont pas applicables aux chauffeurs.

Art. 14. Le personnel des cabinets bénéficie des allocations familiales, de l'allocation de naissance, de l'allocation de foyer ou de résidence, du pécule de vacances et de la prime de fin d'année aux taux et conditions prévus pour le personnel du Ministère de la Communauté germanophone.

Art. 15. § 1. Pour l'octroi des indemnités de déplacement, les membres de cabinet sont assimilés aux grades correspondants du personnel du Ministère de la Communauté germanophone.

§ 2. Pour leurs déplacements, les membres désignés du personnel des cabinets sont autorisés à utiliser leur véhicule personnel aux conditions prévues pour le grade correspondant du personnel des ministères par l'arrêté royal du 18 janvier 1965 portant réglementation générale en matière de frais de parcours. Il sont dispensés de la tenue du carnet de route.

L'autorisation d'utiliser une voiture personnelle est réglée par un arrêté spécial du Gouvernement de la Communauté germanophone.

Art. 16. § 1. Les indemnités et allocations prévues aux articles 10, 11, 13 et 14 sont payées à chaque membre de cabinet à terme échu.

L'indemnité ou l'allocation mensuelle est égale à 1/12 du montant annuel. Lorsque l'indemnité ou l'allocation n'est pas due pour un mois entier, elle est payée conformément aux dispositions prévues par le statut pécuniaire du personnel du Ministère de la Communauté germanophone.

§ 2. Les indemnités et allocations prévues aux articles 10, 11, 13 et 14 sont liées aux fluctuations de l'indice des prix à la consommation, conformément aux modalités prévues par la loi du 1^{er} mars 1977 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation du Royaume de certaines dépenses dans le secteur public.

Cette disposition ne s'applique pas aux allocations mensuelles forfaitaires pour les chauffeurs prévues à l'article 13 du présent arrêté.

§ 3. Lorsqu'un membre du personnel de cabinet n'exerce pas ses fonctions de cabinet, le Gouvernement décide si et dans quelle mesure les allocations et indemnités prévues aux articles 10, 11, 13 et 14 sont dues.

CHAPITRE II. — *Les membres du personnel des services du gouvernement détachés auprès du cabinet d'un membre du gouvernement fédéral*

Art. 17. Les membres du personnel des services du Gouvernement de la Communauté germanophone peuvent devenir membre du cabinet d'un membre du Gouvernement fédéral s'ils ont reçu l'autorisation préalable du Ministre compétent en matière de Personnel.

L'autorisation ne peut être accordée que si le Roi a promulgué un arrêté réglant les modalités de remboursement du traitement des membres du personnel mentionnés au premier alinéa.

Art. 18. L'article 6 est applicable aux membres du personnel des services du Gouvernement de la Communauté germanophone qui sont détachés auprès du cabinet d'un membre du Gouvernement fédéral.

Art. 19. Le traitement des membres du personnel mentionnés à l'article 17, alinéa 1, est versé par la Communauté germanophone.

Le remboursement à la Communauté germanophone est effectué sur la base d'un état de frais trimestriel transmis au membre concerné du Gouvernement fédéral par les services du Gouvernement de la Communauté germanophone.

La demande de remboursement est introduite au début de chaque trimestre pour le trimestre écoulé.

CHAPITRE III. — Dispositions abrogatoires et finales

Art. 20. L'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 19 décembre 1990 portant sur la composition et le fonctionnement des cabinets des membres de l'Exécutif ainsi que sur les membres du personnel des services de l'Exécutif appelés à collaborer dans le cabinet d'un membre du Gouvernement est abrogé.

Art. 21. Le présent arrêté sortit ses effets le 13 juin 1995.

Art. 22. Les Ministres sont chargés, chacun pour ce qui le concerne, de l'exécution du présent arrêté.
Eupen, le 28 juin 1995.

Le Ministre-Président,
Ministre des Finances, des Relations internationales,
de la Santé, de la Famille et des Personnes âgées,
du Sport et du Tourisme
J. MARAITE

Le Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias
et des Affaires sociales
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement, de la Culture,
de la Recherche scientifique et des Monuments et Sites
W. SCHRÖDER

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 97 — 336

[C - 33118]

28 JUNI 1995 — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap betreffende de samenstelling en de werking van de kabinetten van de Regeringsleden alsmede betreffende de personeelsleden van de diensten van de Regering aangewezen om in het kabinet van een lid van de federale Regering mee te werken

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de artikels 121, 130, 132 en 139 van de Grondwet;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 51, gewijzigd bij de wet van 16 juli 1993;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de wet van 4 juli 1989;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat na de verkiezing van de nieuwe regeringsleden de regeling over de samenstelling en de werking van de ministeriële kabinetten zonder uitstel moet worden aangenomen om voor de continuïteit van de arbeid van de Regering te zorgen;

Op de voordracht van de Minister-Président, Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — De kabinetten van de regeringsleden

Sectie 1. — Bevoegdheden en samenstelling

Artikel 1. Elke Minister beschikt over een kabinet.

De bevoegdheden van elk kabinet zijn als volgt bepaald :

— de zaken welke van dien aard zijn dat zij invloed kunnen uitoefenen op het algemeen beleid van de Regering of op de werkzaamheden van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap;

— de opsporingen en de studies ter vergemakkelijking van de persoonlijke taak van het regeringslid;

— het voorleggen van de dossiers van het Ministerie;

— het ontvangen en het opnemen van de tot hem persoonlijk gerichte brieven;

— zijn particuliere briefwisseling;

— de vragen om gehoor;

— het persoverzicht.

Art. 2. Elk kabinet beschikt ten hoogste over vier leden die een weddeschaal van niveau I genieten.
De Minister-President mag in zijn kabinet een bijkomend lid opnemen dat een weddeschaal van niveau I geniet.
De Minister bevoegd voor de betrekkingen met de Raad van de Duitstalige Gemeenschap en het Waalse Gewest mag in zijn kabinet een bijkomend lid opnemen dat een weddeschaal van niveau I geniet.

Art. 3. § 1. Voor het uitvoeringswerk mag elk kabinet ten hoogste over vijf medewerkers beschikken die een weddeschaal van niveau II+, II en/of III genieten.

Bovendien beschikt elk kabinet over een autobestuurder die een aanvankelijke weddeschaal IV/3 geniet en met de opdrachten van een conciërge kan worden belast.

De Minister-President mag, voor het uitvoeringswerk, over twee bijkomende medewerkers beschikken die een weddeschaal van niveau II+, II en/of III genieten.

De Minister bevoegd voor de betrekkingen met de Raad van de Duitstalige Gemeenschap en het Waalse Gewest mag in zijn kabinet een bijkomend lid opnemen dat een weddeschaal van niveau II+, II en/of III geniet.

§ 2. Voor de hele Regering is het aantal telefonisten (aanvankelijke weddeschaal IV/2) beperkt tot 1-persoon met een voltijd baan of 2 personen met een deeltijd baan.

Voor de cafetaria van de Regering kunnen ofwel een persoon met een voltijd baan of twee personen met een deeltijd baan aangeworven worden.

Art. 4. De leden en medewerkers met een voltijd baan bedoeld bij de artikelen 2 en 3, § 1, leden 1 en 3, kunnen door twee personen met een deeltijd baan vervangen worden.

Art. 5. De contractuele en statutaire personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap alsmede van het bestuur van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap mogen niet worden aangewezen om van het kabinet van een Minister van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap deel uit te maken.

Art. 6. Personeelsleden van de openbare diensten of van het gesubsidieerd onderwijs mogen slechts worden aangewezen om van een kabinet deel uit te maken, indien zij noch hun ambt in de openbare diensten of in het gesubsidieerd onderwijs noch de bevoegdheden ervan tijdens hun bezigheid bij het kabinet blijven waarnemen.

Secitie 2. — Benoemingen en werking

Art. 7. Het personeel van elk kabinet wordt door de betrokken Minister benoemd.

Art. 8. Het daartoe door de Minister aangewezen kabinetslid zendt de mededelingen en de instructies van de Minister langs de hiërarchische weg aan de secretaris-generaal van het Ministerie door.

Art. 9. De leden van de kabinetten mogen slechts met het akkoord van de betrokken Minister direct met het Ministerie onderhandelen.

Secitie 3. — Betaling, toelagen en vergoedingen

Art. 10. § 1. Aan de in artikel 2 bedoelde kabinetsleden die niet tot de openbare diensten of het gesubsidieerd onderwijs behoren, wordt een als wedde geldende vergoeding toegekend die per kabinet ten hoogste overeenstemt met de volgende weddeschalen geldig voor het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, d.w.z. :

- een kabinetschef I/11
- drie adviseurs I/8
- bijkomend lid bij het kabinet van de Minister-President I/8
- bijkomend lid bij het kabinet van de Minister bevoegd voor de betrekkingen met de Raad van de Duitstalige Gemeenschap en met het Waalse Gewest I/8

§ 2. De dienstanciënniteit van de kabinetsleden bedoeld in § 1 wordt forfaitair berekend vanaf de leeftijd van 24 jaar en mag 15 jaar pas overschrijden wanneer de overschrijding overeenstemt met dienstprestaties bij de openbare diensten of bij kabinetten.

§ 3. Aan de kabinetsmedewerkers bedoeld in artikel 3, die niet tot de openbare diensten of het gesubsidieerd onderwijs behoren, wordt een als wedde geldende kabinetstoelage toegekend die overeenstemt met de weddeschaal die gepaard gaat met de gelijkwaardige graad van de niveaus II+, II, III of IV toepasselijk op het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 4. Voor de bij § 3 bedoelde kabinetsleden wordt de dienstanciënniteit forfaitair berekend vanaf de leeftijd van 20 jaar en mag 15 jaar pas overschrijden wanneer de overschrijding overeenstemt met dienstprestaties bij de openbare diensten of bij kabinetten.

Art. 11. Aan het kabinetspersoneel behorend tot de openbare diensten of tot het gesubsidieerd onderwijs wordt onder naleving van artikel 12 een kabinetstoelage toegekend.

Met inachtneming van de verdeling waarin de tabel van artikel 10, § 1 voorziet wordt aan ieder lid, naargelang de plaats die hem in overeenstemming met de in artikel 10, § 1, vastgelegde tabel toekomt, een jaarlijkse kabinetstoelage toegekend met een maximaal bedrag dat gekoppeld is aan het spilindex 138,01 en beloopt :

- 343.175 F (I/11)
- 233.359 F (I/8)
- 178.451 F (I/4)

Voor de medewerkers bedoeld in artikel 3 bedraagt de jaarlijkse, aan het spilindex 138,01 gekoppelde kabinetstoelage ten hoogste 96.089 F.

Art. 12. § 1. De betaling van het kabinetspersoneel dat tot het personeel van een Ministerie, tot een andere openbare dienst of tot het gesubsidieerd onderwijs behoort, wordt als volgt geregeld :

1° Indien de werkgever de wedde blijft betalen, verkrijgt de belanghebbende de kabinetstoelage bepaald in artikel 11. Eventueel wordt de wedde van het kabinetslid, desgevallend verhoogd met de werkgeversbijdragen, aan de dienst van oorsprong terugbetaald. De wedde die moet worden terugbetaald mag nochtans het maximumbedrag van de weddeschalen niet overschrijden die voor de overeenstemmende graad in artikel 10 zijn vastgelegd.

2° Indien de werkgever de wedde niet blijft betalen, bekomt de belanghebbende een als wedde geldende vergoeding overeenstemmend met degene bepaald in artikel 10 en de kabinetstoelage. Het totaal bedrag van de vergoeding plus de kabinetstoelage mag nochtans niet hoger liggen dan het uit de wedde plus de toelage bestaand bedrag dat de belanghebbende zou verkrijgen, indien de onder 1° bepaalde maatregel op hem toepasselijk zou zijn.

§ 2. De terugbetaling van de wedde der personeelsleden van de nationale ministeries die bij het kabinet van een lid van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap gedetacheerd zijn, wordt volgens de modaliteiten uitgevoerd die door een koninklijk besluit zijn vastgelegd.

Art. 13. Naast de bij artikel 10, § 3, bedoelde kabinetstoelage verkrijgen de autobestuurders van de Ministers een forfaitaire maandelijkse toelage van 10.000 F.

Bovendien wordt maandelijks aan elke autobestuurder een vergoeding van 6.500 F voor de beroepskosten en de werkkleding toegekend.

Het besluit van de Regent van 30 maart 1950 de toekenning regelend van de toelagen wegens buitengewone prestaties en het koninklijk besluit van 24 december 1964 tot vaststelling van de vergoedingen wegens verblijfskosten zijn op de autobestuurders niet van toepassing.

Art. 14. Het kabinetspersoneel geniet kinderbijslag, geboortetoelage, haard- en standplaatstoelage, vakantiegeld en de eindejaarspremie tegen het bedrag en onder de voorwaarden, die voor het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap bepaald zijn.

Art. 15. § 1. Voor de toekenning van de vergoedingen inzake reiskosten worden de kabinetsleden met de overeenstemmende dienstgraden van het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap gelijkgesteld.

§ 2. De door de Regering aangewezen personeelsleden van de kabinetten zijn ertoe gemachtigd voor dienstreizen van hun eigen wagen gebruik te maken onder de voorwaarden welke het koninklijk besluit van 18 januari 1965 houdende algemene reglementering inzake reiskosten, voor de overeenstemmende dienstgraad van het personeel der Ministeries bepaalt. Ze hoeven de reiswijzer niet bij te houden.

De machtiging voor het gebruik van een privé-voertuig wordt geregeld bij een bijzonder besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 16. § 1. De vergoedingen en toelagen bedoeld in de artikelen 10, 11, 13 en 14 worden aan elke ambtenaar na vervallen termijn uitbetaald.

De maandelijkse vergoeding of toelage bedraagt 1/12 van het jaarlijks bedrag. Wanneer de vergoeding of toelage niet voor de volledige maand verschuldigd is, wordt zij uitbetaald overeenkomstig de regels bepaald in de bezoldigingsregeling van het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 2. De in de artikelen 10, 11, 13 en 14 bepaalde vergoedingen en toelagen zijn gekoppeld aan de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen, overeenkomstig de modaliteiten vastgelegd door de wet van 1 maart 1977 houdende inrichting van een stelsel waarbij sommige uitgaven in de overheidssector aan het indexcijfer van de consumptieprijzen van het Rijk worden gekoppeld.

Deze bepaling is niet toepasselijk op de forfaitaire maandelijkse vergoedingen ten gunste van de autobestuurders waarin artikel 13 voorziet.

§ 3. Wanneer een kabinetspersoneelslid zijn kabinetsambt niet uitoefent, beslist de Regering of en in welke maat de toelagen en vergoedingen waarin de artikelen 10, 11, 13 en 14 voorzien uit te betalen zijn.

HOOFDSTUK II. — *Personeelsleden van de diensten van de regering van de duitstalige gemeenschap die aangewezen zijn om van een kabinet van een lid van de federale regering deel uit te maken*

Art. 17. De personeelsleden van de diensten van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap kunnen leden van het kabinet van een lid van de Federale Regering worden, indien zij voordien de machtiging van de Minister bevoegd inzake Personeel gekregen hebben.

Deze machtiging mag slechts verleend worden wanneer de Koning een besluit afgekondigd heeft dat de modaliteiten regelt voor de terugbetaling der wedden van de bij het eerste lid bedoelde personeelsleden.

Art. 18. Artikel 6 is van toepassing op de personeelsleden van de diensten van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap die bij het kabinet van een lid van de Federale Regering gedetacheerd zijn.

Art. 19. De wedde van de bij artikel 17, eerste lid, bedoelde personeelsleden wordt door de diensten van de Duitstalige Gemeenschap uitbetaald.

De terugbetaling aan de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgevoerd volgens een driemaandelijkse onkostenstaat die het betrokken regeeringslid door de diensten van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap toegezonden wordt.

De aanvraag tot terugbetaling wordt op het begin van elk trimester ingediend voor het afgelopen trimester.

HOOFDSTUK III. — *Opheffings- en slotbepalingen*

Art. 20. Het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 19 december 1990 betreffende de samenstelling en de werking van de kabinetten van de leden van de Executieve alsmede betreffende de personeelsleden van de diensten der Executieve aangewezen om in het kabinet van een regeeringslid mee te werken is opgeheven.

Art. 21. Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 13 juni 1995.

Art. 22. De Ministers zijn, ieder wat hem betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.
Eupen, 28 juni 1995.

De Minister-President,
Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid,
Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme
J. MARAITE
De Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden
K.-H. LAMBERTZ
De Minister van Onderwijs, Cultuur, Wetenschappelijk Onderzoek,
Monumenten en Landschappen
W. SCHRÖDER

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

MINISTERE WALLON DE L'EQUIPEMENT ET DES TRANSPORTS

F. 97 — 337

[C - 97/27093]

**23 JANVIER 1997. — Arrêté du Gouvernement wallon
modifiant l'arrêté du 21 janvier 1993 relatif au programme d'investissements
et aux subventions d'investissements en matière d'infrastructure de transports publics**

Le Gouvernement wallon,

Vu le décret du 21 décembre 1989 relatif au service de transport public de personnes en Région wallonne, notamment l'article 2, 3°, modifié par le décret du 26 novembre 1992;

Vu l'arrêté du 21 janvier 1993 de l'Exécutif régional wallon relatif au programme d'investissements et aux subventions d'investissements en matière d'infrastructure de transports publics;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 2 décembre 1996;

Vu l'accord du Ministre du Budget, donné le 10 décembre 1996;

Vu l'urgence motivée par la nécessité de faire coïncider l'entrée en application de l'arrêté du Gouvernement wallon modifiant l'arrêté du 21 janvier 1993 relatif au programme d'investissements et aux subventions d'investissements en matière d'infrastructure de transport publics avec la date de mise en œuvre des contrats de gestion, c'est-à-dire le 1^{er} janvier 1997;

Vu l'avis du Conseil d'Etat, donné le 18 décembre 1996, en application de l'article 84, alinéa 1^{er}, 2° des lois sur le Conseil d'Etat;

Sur la proposition du Ministre de l'Aménagement du Territoire, de l'Équipement et des Transports,

Arrête :

Article 1^{er}. L'article 2 de l'arrêté de l'Exécutif régional wallon du 21 janvier 1993 relatif au programme d'investissements et aux subventions d'investissements en matière d'infrastructure de transports publics est remplacé par la disposition suivante :

« Art. 2. Peuvent être subventionnés, les investissements relatifs aux travaux d'infrastructure suivants :

1° l'aménagement et l'équipement de sites propres réservés aux véhicules de transport en commun tant en surface qu'en sous-sol;

2° l'aménagement et l'équipement de points d'arrêt, de parcs relais et de gares routières ou de correspondance;

3° le placement d'abris pour voyageurs;

4° l'aménagement et l'équipement des installations fixes ou mobiles nécessaires à la réalisation et à l'exploitation d'un réseau de métro;

5° le gros entretien des sites et installations précités;

6° les projets de démonstration nécessaires à l'expérimentation de nouveaux modes de transport;

7° le démontage d'équipements et la démolition d'infrastructures qui ne sont plus utiles à l'exploitation ainsi que la remise en état des lieux;

8° le déplacement des câbles et canalisations rendus nécessaires à l'occasion des travaux précités;

9° l'entretien des ouvrages inexploités.

Pour la subvention des investissements relatifs aux travaux d'infrastructure visés à l'alinéa 1^{er}, peuvent également être pris en considération :

1° les acquisitions immobilières nécessaires à leur réalisation;

2° les études conceptuelles nécessaires à la modernisation et à l'amélioration des réseaux de transport public des personnes;

3° les révisions de prix dues par le maître de l'ouvrage, conformément aux dispositions légales, réglementaires et contractuelles applicables en la matière;

4° les travaux exécutés au-delà des quantités présumées figurant dans les postes à bordereau de prix, dans la mesure où, sauf circonstance raisonnablement imprévisible, la valeur de ces travaux n'excède pas 10 % du montant total du marché hors TVA;